

FDP

1. Sind Sie / Ist Ihre Partei dafür, in der EU eine harmonisierte Besteuerung negativer sozialer und ökologischer externer Effekte vorzusehen, etwa eine Steuer auf Kohlendioxid?

Antwort: Niemand ist in der Lage die negativen sozialen und ökologischen Effekte von Produktion und Konsum exakt zu ermitteln, so dass die Gefahr groß ist, die privaten Haushalte und Unternehmen mit falschen Kosten zu belasten. Eine Steuer auf Kohlendioxid lehnen wir daher ab. Dennoch wollen wir die Belastung der Umwelt mit einem einheitlichen Preis belegen. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass umweltpolitische Ziele demokratisch vereinbart und dann über ein Emissionshandelssystem marktkonform erreicht werden. Die Höhe und Verteilung der daraus resultierenden Preiseffekte überlassen wir den Marktteilnehmern, also den anbietenden Unternehmen und den nachfragenden Haushalten. Der EU-Emissionshandel hat bewiesen, dass die gesetzten Ziele zu den niedrigsten Kosten erreicht werden konnten. Uns ist jedoch sehr wichtig, dass ein derartiges Preisinstrument aufkommensneutral ausgestaltet wird und entsprechende Kompensationen an die Menschen ausgeschüttet werden.

2. Sind Sie / Ist Ihre Partei für die Abkehr vom Einstimmigkeitsprinzip im Rat der EU in der Steuerpolitik, damit Steuersätze in der EU einheitlich festgelegt werden können, etwa für ökologische Ziele wie die Energiewende?

Antwort: Wir Freie Demokraten stehen für die Vielfalt der Steuersätze innerhalb der EU. Die Erhebung von Steuern ist ein Privileg der Mitgliedsstaaten, das wir beibehalten wollen. Deshalb sollen auch weiterhin steuerpolitische Beschlüsse der EU nur einstimmig gefasst werden.

3. Einleitend meint der Präsident der Kommission, Jean-Claude Juncker, die Europäische Union stehe vor ihrer letzten Chance, den Europäern zu zeigen, dass die EU für sie arbeitet. Sehen Sie / Ihre Partei das ebenso?

Antwort: Wir Freie Demokraten wollen Europa dort stärken, wo die Mitgliedstaaten zusammen mehr erreichen können. Insbesondere in den Bereichen Handel, Binnenmarkt, grenzüberschreitende Infrastruktur, Digitalisierung, Außenpolitik und Verteidigung, Sicherheit, Energie und Klima, Schutz der Außengrenzen, Einwanderung und Asyl muss Europa gemeinsame Regeln schaffen und mit einer Stimme sprechen. Europa muss sich aber auch einer Aufgabenkritik stellen. Aufgabenbereiche ohne europäischen Mehrwert sollen von den Mitgliedstaaten und ihren Regionen wahrgenommen werden.

4. Die Kommission spricht von nennenswerten Fortschritten im Klimaschutz, in der Energiepolitik und in der Kreislaufwirtschaft und nennt weitere Ziele. Wie beurteilen Sie / Ihre Partei diese Fortschritte?

Antwort: Zweifelsohne hat es in der Umweltpolitik der Europäischen Union Fortschritte gegeben, jedoch zu einem zu hohen Preis. Die Klimapolitik ist mit ihren vielen Nebenzielen, wie den Ausbauzielen für Erneuerbare Energieträger und Energieeffizienz, unnötig teuer. Dass Alleingänge wie die deutsche Energiewende noch immer möglich sind, verursacht hohe Kosten und behindert den Fortschritt innerhalb der EU. Auch die Kreislaufwirtschaft tritt mit den starren Quoten, der kleinteiligen Regulierung und nicht zuletzt wenig zielführenden Einwegverboten auf der Stelle, so dass viele Innovationen nicht realisiert und Ressourcen verschwendet werden. Dies geschieht auf Kosten der Verbraucherinnen und Verbraucher sowie der Unternehmen. Europa verliert an Wettbewerbsfähigkeit, Einkommen und Arbeitsplätze werden unnötigen Risiken ausgesetzt. Wir fordern mehr Wettbewerb um die besten Umweltschutzideen, mehr Marktanreize und eine bessere

europäische Abstimmung der Klima-, Energie- und Kreislaufwirtschaftspolitik.

5. Die Treibhausgase sollen in der EU bis 2030 um 40 % vermindert werden. Ist dieses Ziel ausreichend für Klimaschutz? Ist dieses Ziel erreichbar?

Antwort: Mit effizienten Klimaschutzinstrumenten ist eine Verminderung der Treibhausgasemissionen um 40 Prozent bis 2030 erreichbar. Mit dem derzeitigen ineffizienten Instrumentenmix aus Emissionshandel nur für die Energiewirtschaft und Teile der Industrie und starren Regulierungen sowie nicht zielführenden Subventionen in den anderen Wirtschaftsbereichen, besteht das Risiko, dass die Ziele nicht oder nur mit hohem Aufwand realisiert werden können. Ambitionierte Klimaschutzziele für Europa sind wichtig, jedoch reichen sie nicht aus, um langfristig einen wirksamen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten. Europa muss daher aus seiner klimapolitischen Isolierung herauskommen und mit anderen Staaten Klimaschutzkooperationen eingehen. Innerhalb der EU sollte der EU-Emissionshandel auf alle Wirtschaftsbereiche erweitert werden. Die daraus resultierende einheitliche Bepreisung von Treibhausgasen regt Einsparmaßnahmen dort an, wo sie mit den geringsten Kosten verbunden sind. Zudem lässt sich der Emissionshandel gut mit internationalen Emissionshandelssystemen und Maßnahmen zur Bindung oder Nutzung von Treibhausgasen verknüpfen, um weitere Effizienzgewinne zu realisieren. So wird es möglich, dass sich Europa bei gleichem oder sogar geringerem Kostenaufwand früher ambitioniertere Klimaschutzziele setzt, ohne seine Wettbewerbsfähigkeit zu riskieren.

6. Das Maßnahmenpaket der EU, „Saubere Energie für alle“ (Clean Energy for All) fixiert zwei Ziele der Energiewende bis 2030: Den Anteil der Erneuerbaren Energien auf 32 % zu erhöhen, die Energieeffizienz auf 32,5 %. Sind diese Ziele ausreichend für Klimaschutz? Sind diese Ziele erreichbar?

Antwort: Wir Freie Demokraten wollen, dass CO₂-Reduktionsziele für die Europäische Union ambitioniert, aber auch systemisch sinnvoll, langfristig verlässlich und mit realistischem Aufwand erreichbar gesetzt werden. Aus diesem Grund lehnen wir Nebenziele, wie eine fixe Erhöhung des Anteils der Erneuerbaren Energien oder starre Effizienzziele ab. Zwar sind Erneuerbare Energieträger und Energieeinsparung wichtige technologische Elemente einer wirksamen Klimapolitik, doch der Anreiz dazu soll durch die Marktkräfte ausgelöst werden. Daher setzen wir auf einen auf alle Wirtschaftsbereiche erweiterten Emissionshandel und eine damit verbundene CO₂-Bepreisung. So entstehen dort Anreize für Investitionen in unterschiedliche Vermeidungstechnologien, wo die geringsten Kosten verursacht werden.

7. Steuern auf Energie können nach Ansicht der EU-Kommission die Energiewende unterstützen und zu einem nachhaltigen sowie sozial fairen Wachstum beitragen. Sehen Sie / Ihre Partei das ebenso?

Antwort: Steuern auf Energie haben die falsche Bemessungsgrundlage. Wir wollen nicht den Energieverbrauch belasten, sondern die Emission von Treibhausgasen. So fordern wir die Abschaffung der Stromsteuer, da sie für die angestrebte CO₂-Einsparung nicht die benötigte Lenkungswirkung entfaltet. Stattdessen müssen die Treibhausgasemissionen die Bemessungsgrundlage von Preisinstrumenten bilden. Wir fordern einen alle Wirtschaftsbereiche einschließenden Emissionshandel, auf dem sich ein einheitlicher Preis für Emissionsrechte allein aus dem Handel zwischen den Marktteilnehmern herausbildet. Mit den Einnahmen aus der Versteigerung der Emissionsrechte wollen wir steigende Energiekosten für private Haushalt und Unternehmen kompensieren.

8. Welche Schritte und welche Maßnahmen sollten in der EU als Nächstes gesetzt werden, um

Klimaschutz sowie grünes und inklusives Wachstum zu erreichen?

Antwort: Oberste Priorität hat für uns die Ausweitung des EU-Emissionshandels auf weitere Wirtschaftsbereiche, um die Kosten der Klimaschutzpolitik in der EU nachhaltig zu senken. Zudem fordern wir eine stärkere internationale Orientierung der europäischen Klimapolitik. Wir Freie Demokraten wollen zur Verbesserung des Klimaschutzes dort ansetzen, wo große Mengen CO₂-Emissionen mit relativ geringem Aufwand schnell vermieden werden können und wo künftig das größte Wachstum an Energiebedarf eintreten wird. Das ist in vielen Fällen nicht die EU. In Asien, Afrika und Südamerika beispielsweise können schnelle Erfolge in der richtigen Größenordnung mit dem geringsten Aufwand erzielt werden. Es muss daher möglichst schnell zu mehr marktwirtschaftlicher Kooperation zwischen verschiedenen Ländern und Regionen kommen.

Wir Freie Demokraten schlagen daher vor, dass EU-Mitgliedstaaten im eigenen Land nicht erreichte CO₂-Einsparungsziele gegen die Finanzierung von ebenso wirksamen, aber kostengünstigeren CO₂-Einsparungen in Ländern außerhalb der EU verrechnen können. Das reduziert nicht nur die globalen Klimaschutzkosten, sondern legt die Grundlage einen globalen Markt für Klimaschutztechnologien, von dem Hersteller aus Europa genauso profitieren wie Anwender in den Ländern, in denen die Treibhausgas-minderungsmaßnahmen unternommen werden.

Antworten von Nicola Beer, Spitzenkandidatin zur Europawahl
im Namen der Freien Demokratischen Partei (FDP)